



# WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE Protest gegen Sozialabbau

**LINKE**stmk

**Protest gegen neoliberale Politik**

[www.linkewoche.at/](http://www.linkewoche.at/)

**Internationaler Tag der Empörung 15.10.2011**

## Eine ernüchternde Bilanz

Versprochen	Tatsachen
Durch Privatisierungen werden Strom, Benzin, Post, Müllabfuhr billiger, da Private effizienter arbeiten.	So ziemlich alles ist kräftig teurer geworden! Flächendeckende Postversorgung gibt es nicht mehr!
Privatisierung baut Staatsdefizit ab.	Stündlich zahlen wir bereits 1 Mio € allein an Zinsen für das rasant wachsende Defizit. Die Maastrichtkriterien erfüllt Österreich schon längst nicht mehr.
Durch ein "3 Säulensystem" sind die Pensionen bis weit in das Jahr 2000 gesichert	Die kapitalgedeckten Säulen wurden verzockt. Das Pensionsalter wird erhöht, da für Pensionen kein Geld da ist.
Der Euro wird eine stabile Währung ähnlich der DM und die Inflation wird nicht mehr als 1 ½ % betragen	Die offizielle Inflation liegt aktuell bei 3,4% Abgaben, Reisepass, Benzin, Posttarif u.v.a. sind aber kräftig teurer geworden.
Die EU bringt allgemeinen Wohlstand	Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter,
Die EU macht den europäischen Wirtschaftsraum bis 2010 zum erfolgreichsten der Welt	Wir haben die größte Wirtschaftskrise seit 1930
Die Neutralität bleibt erhalten.	Die Neutralität ist praktisch beseitigt. Ausländische Soldaten üben in Österreich im scharfen Schuss. Österreichische Soldaten sind für die EU-Schlachtgruppen vorgesehen.
Österreich bleibt souverän.	Die Budgethoheit wird über Haftungen ausgehebelt. Selbst das Bildungssystem muss nach EU-Regeln umgebaut werden.
Die EU ist friedenssichernd	Nach Kosovo, Afghanistan, Libyen, Irak u.v.a.m gilt dies nur mehr für EU-Mitgliedsländer.
Durch Wegfall von Zoll und Währungsrisiko werden Waren wesentlich billiger.	Anfängliche Verbilligungen haben wir aus dem Budget bezahlt - dann wurde alles kräftig teurer! Die Staatsschulden explodierten.
Durch den EU-Beitritt Österreichs ist der Industriestandort gesichert.	Erst durch den Beitritt konnte problemlos globalisiert und abgesiedelt werden.

<b>Abgeschafft werden und wurden</b>	<b>Ausgebaut werden und wurden</b>
Post, Gendarmerie, Bahn, Bundeswohnungen, Staats- und Gemeindebetriebe Sozialleistungen, öffentliche Universitäten, allgemeines Recht auf Studium, Pensionen <b>und:</b> Vermögenssteuern	Bankgewinne, Privatisierungsmöglichkeiten, Privatuniversitäten, private Bildungsinstitute und die Korruptionsmöglichkeiten.

### **Das bedeutet:**

#### **für Reiche:**

Renditen wurden gesteigert, Steuern wurden gesenkt, Staatsunterstützung wurde ausgebaut, Produktionsvermögen wurde zugänglich gemacht.

#### **für die restlichen 99%:**

Ansprüche wurden gestrichen, Preise wurden erhöht, Arbeitsbedingungen wurden verschlechtert, Selbstbehalte wurden erhöht, Pflegeregress wieder eingeführt.

### **Wir 99% fordern:**

- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Rückkehr zum Umlageprinzip für Pensionen
- Sozialgerechte Steuer
- Stopp der Privatisierung
- Infrastruktur (Post, Bahn, Wasser, Strom, Gesundheit, Bildung) im Gemeinbesitz
- Bankwesen unter gesellschaftliche Kontrolle
- Währungshoheit bei staatlichen Institutionen

**Wir brauchen einen Systemwechsel – und  
zwar sofort!**

**Wie ist der zu erreichen?**

**Empört Euch!**

**Engagiert Euch!**

**Organisiert Euch!**

## Was kann der Einzelne machen?

- Teilnahme an Protesten!
- Teilnahme am demokratischen Leben (Bezirkspolitik)!
- Protestbriefe an die gewählten "Vertreter"!
- Nicht schweigen, wenn man nicht zustimmt!
- Keinen wählen, den man nicht auch wirklich haben will!
- Proteste gegen die Auflösung der demokratischen Basisstrukturen!
- Gründet Gruppen von Gleichgesinnten!

## Aufruf und Einladung zur Bildung einer Linken Plattform

Die seit 3 Jahren andauernde Krise, die schwerste Krise der kapitalistischen Wirtschaft seit 1945, ist noch lange nicht ausgestanden. Auch wenn Ökonomen und Wirtschaftsforscher beruhigen, „es gehe schon wieder aufwärts“, verschärfen sich die Folgen der Krise im sozialen und politischen Bereich. Denn der Finanz- und Bankensektor hat sich bisher jeder Regulierung widersetzt. Keinerlei Maßnahmen gegen die Exzesse des Casino-Kapitalismus und die Gier der FinanzspekulantInnen wurden beschlossen. Im Gegenteil: die Spekulation stürzt sich derzeit auf Rohstoffe und Lebensmittel; die FinanzspekulantInnen haben ein neues Ziel – es geht nicht nur um den Abbau des Sozialstaates, sondern dessen weitgehende Zerstörung und um die Pleite ganzer Staaten.

Hier arbeiten die FinanzspekulantInnen in Kooperation mit den amerikanischen Rating-Agenturen, dem IWF, der EZB, der Troika und auch Regierungen wie der deutschen und die Europäischen Kommission sowie die ganze internationale neoliberale Crème gezielt auf die Zerschlagung aller sozialen und infrastrukturellen Errungenschaften bis zur Pleite von Staaten hin und nehmen durchaus den Untergang des Euro und der EU in der heutigen Form in Kauf. Auch die österreichische Regierung, insbesondere die Finanzminister/in Pröll-Fekter spielen dabei eine üble Scharfmacherrolle. Wenn sie damit in Griechenland durchkommen, wird Ähnliches bald in Irland, Spanien, Italien und vielleicht Belgien umgesetzt. Das „europäische Semester“, das ab kommenden Jahr gilt – alle Budgetentwürfe sämtlicher EU-Staaten müssen zuerst von der EU-Kommission geprüft werden, bevor sie in den nationalen Parlamenten diskutiert werden dürfen (!) - setzt potentiell alle europäischen Parlamente unter Kuratel, was einer Aushebelung selbst formaldemokratischer Kontrolle gleichkommt.

In Österreich ist dank der Krise die Zahl der Millionäre sprunghaft angestiegen – Österreich hat heute die fünftgrößte Dichte an Millionären weltweit (nach Saudi Arabien, der Schweiz, Hongkong und Kuwait), die Vorstandsgehälter sind so hoch wie vor der Krise, die Renditen der Banken ebenso.

Die unteren und mittleren Einkommen fallen weiter, Verluste werden durch die Inflation noch verschärft. Die soziale Kluft zwischen Arm und Reich wird tiefer, die Polarisierung zwischen Gewinnern und Verlierern der Krise nimmt zu. Die steigende Wut der Bürger/Innen treibt der Strache-FPÖ immer mehr Stimmen zu, ohne dass diese auch nur das Geringste dazu tun muss. Derzeit sehen die Menschen keine überzeugende solidarische Alternative.

Protestbewegungen entstehen ansatzweise auf regionaler Ebene – in der Steiermark, in Oberösterreich, in Tirol. Es geht darum, diese Ansätze zu vereinigen und Alternativen zur neoliberalen Politik zu formulieren, d.h. Antworten auf die wirtschaftliche, soziale und politische Krise, insbesondere auch Antworten auf die Krisensituation in der EU. Die Selbständigkeit der unterstützenden Organisationen soll dabei voll erhalten bleiben. Ihre dringendste Aufgabe ist es, den praktischen Widerstand gegen eine Abwälzung der Krisenkosten auf die Werktätigen, die Frauen, die Studierenden und in Ausbildung befindlichen, die PensionistInnen, Arbeitslose etc. nach Kräften zu unterstützen und zu einer demokratischen Selbstorganisation und Selbstverwaltung dieser Widerstandsbewegungen beizutragen. Damit kann sie am besten jeder bürokratischen Gängelung entgegenwirken. Sie muss auf europäischer Ebene international solidarische Alternativen zum neoliberalen Kurs der „Bankenrettung“ und des „Euro-Schutzschirmes“ entwickeln und die sozialen Errungenschaften europaweit gegen die Diktate des IWF... und der EU verteidigen.

Griechenland und Spanien zeigen, dass die Menschen den falschen Wirtschaftskurs der EU nicht länger akzeptieren. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft, die seit 20 Jahren national und international betrieben wird, muss beendet werden.

"Wir wollen wirkliche Demokratie" lautet die Forderung der jungen SpanierInnen, d.h. Mitbestimmung beim Wirtschaftskurs, bei der Verteilung der Gelder im Budget, bei der Schaffung neuer Steuern auf Finanzspekulation und Vermögen.

Die offene linke Plattform will "wirkliche Demokratie" in Österreich, konkret heißt das:

- die Beseitigung der skandalösen Ungerechtigkeiten im Steuersystem,
- ein Ende der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik (Privatisierungen, Sozialabbau, sinkende Lohnquote),
- ein stärkeres Engagement Österreichs in der Entwicklungs- und Friedenspolitik,
- eine solidarische Wirtschaft und Gesellschaft nach 20 Jahren Entsolidarisierung in Österreich, in Europa und weltweit.
- den Abschiebewahn von Flüchtlingen stoppen und für ein humanes Bleiberecht der Flüchtlinge eintreten

### **Linker Ratschlag zur Bildung einer offenen linken Plattform**

**am 26.10. von 11:00 – 17:00**

**im Arbeiterkammersaal in Wien (Theresianum)**

**Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!**

Nähere Information wird auf der Homepage [www.linkestmk.at](http://www.linkestmk.at) veröffentlicht